

Brüssel, den 7.10.2015  
C(2015) 6746 final

**BESCHLUSS DER KOMMISSION**

**vom 7.10.2015**

**über die Einzelmaßnahme zugunsten der Islamischen Republik Mauretanien zulasten  
des 11. Europäischen Entwicklungsfonds**

## BESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 7.10.2015

### über die Einzelmaßnahme zugunsten der Islamischen Republik Mauretanien zulasten des 11. Europäischen Entwicklungsfonds

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2015/322 des Rates vom 2. März 2015 über die Durchführung des 11. Europäischen Entwicklungsfonds<sup>1</sup> (EEF), insbesondere auf Artikel 9 Absatz 1,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2015/323 des Rates vom 2. März 2015 über die Finanzregelung für den 11. Europäischen Entwicklungsfonds<sup>2</sup>, insbesondere auf Artikel 26,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Kommission hat das Nationale Richtprogramm für Mauretanien<sup>3</sup> für den Zeitraum 2014-2020<sup>4</sup> angenommen, in dem unter Punkt 1.2 die folgenden Prioritäten genannt werden: Governance, Gesundheitswesen, Ernährungssicherheit, nachhaltige Landwirtschaft und Wasserversorgung.
- (2) Die Maßnahme zulasten des 11. EEF<sup>5</sup> zielt auf die Stärkung der Widerstandsfähigkeit gefährdeter Bevölkerungsgruppen angesichts der Ernährungsunsicherheit ab, insbesondere durch die organisatorische Modernisierung der verschiedenen Interessenträger.
- (3) Die Maßnahme mit der Bezeichnung „Stärkung der Institutionen in Mauretanien zur Förderung einer widerstandsfähigen Land- und Weidewirtschaft“ (RIMRAP) zielt darauf ab, die Governance im Hinblick auf einen gerechten Zugang zu den Ressourcen und deren nachhaltige Bewirtschaftung im Kontext des Klimawandels zu stärken. Mit dem Programm sollen drei Hauptergebnisse erreicht werden: i) Stärkung der institutionellen, organisatorischen und technischen Kapazitäten der öffentlichen und privaten Akteure des Sektors; ii) Förderung des Zugangs der ländlichen Bevölkerung zu den natürlichen Ressourcen; und iii) Stärkung und bessere Koordinierung der Informationssysteme hinsichtlich der land- und viehwirtschaftlichen Erzeugung und der Ernährungssicherheit. Die Umsetzung des Programms erfolgt einerseits im Wege der indirekten Mittelverwaltung mit der spanischen Agentur für internationale Entwicklungszusammenarbeit (AECID) und der Deutschen Gesellschaft für

---

<sup>1</sup> ABl. L 58 vom 3.3.2015, S. 1.

<sup>2</sup> ABl. L 58 vom 3.3.2015, S. 17.

<sup>3</sup> Beschluss C(2014) 3644

<sup>4</sup> Beschluss C(2014) 3644

<sup>5</sup> Internes Abkommen zwischen den im Rat vereinigten Vertretern der Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union über die Finanzierung der im mehrjährigen Finanzrahmen für den Zeitraum 2014 bis 2020 vorgesehenen Hilfe der Europäischen Union im Rahmen des AKP-EU-Partnerschaftsabkommens und über die Bereitstellung von finanzieller Hilfe für die überseeischen Länder und Gebiete, auf die der vierte Teil des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union Anwendung findet (ABl. L 210 vom 6.8.2013, S. 1).

Internationale Zusammenarbeit (GIZ) sowie andererseits durch indirekte Mittelverwaltung mit Mauretanien.

- (4) Es sollte ein Finanzierungsbeschluss gemäß den Bestimmungen des Artikels 94 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 der Kommission<sup>6</sup> erlassen werden, der gemäß Artikel 26 der Verordnung (EU) 2015/323 Anwendung findet.
- (5) Es muss ein Arbeitsprogramm für Zuschüsse gemäß den detaillierten Bestimmungen des Artikels 128 Absatz 1 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 und des Artikels 188 Absatz 1 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 angenommen werden. Das Arbeitsprogramm ist diesem Beschluss beigelegt (Abschnitt 4.3.3).
- (6) Die Kommission sollte den in diesem Beschluss genannten Einrichtungen – vorbehaltlich des Abschlusses einer Übertragungsvereinbarung – Haushaltsvollzugsaufgaben im Rahmen der indirekten Mittelverwaltung übertragen. Der zuständige Anweisungsbefugte hat im Einklang mit Artikel 60 Absätze 1 und 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 sicherzustellen, dass diese Einrichtungen ein Niveau des Schutzes der finanziellen Interessen der Union gewährleisten, das dem für die Verwaltung von Unionsmitteln durch die Kommission erforderlichen Niveau entspricht. Diese Einrichtungen erfüllen die Bedingungen des Artikels 60 Absatz 2 Unterabsatz 1 Buchstaben a bis d der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012, und die erforderlichen Aufsichts- und Unterstützungsmaßnahmen wurden getroffen.
- (7) Die Kommission sollte dem in diesem Beschluss genannten Partnerland – vorbehaltlich des Abschlusses einer Finanzierungsvereinbarung – Haushaltsvollzugsaufgaben im Rahmen der indirekten Mittelverwaltung übertragen. Im Einklang mit Artikel 60 Absatz 1 Buchstabe c der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012, der aufgrund von Artikel 17 und Artikel 2 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2015/323 anwendbar ist, muss der zuständige Anweisungsbefugte dafür sorgen, dass Maßnahmen getroffen werden, um die Durchführung der übertragenen Aufgaben zu überwachen und zu unterstützen. Diese Maßnahmen und die ihm übertragenen Aufgaben sind im Anhang dieses Beschlusses festgelegt.
- (8) Die Zahlung etwaiger Verzugszinsen muss auf der Grundlage des Artikels 92 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 und des Artikels 111 Absatz 4 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 gestattet werden, die aufgrund von Artikel 29 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2015/323 Anwendung finden.
- (9) Im Einklang mit Artikel 94 Absatz 4 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 sollte die Kommission definieren, welche Änderungen „nicht substanziell“ sind, damit solche Änderungen vom zuständigen Anweisungsbefugten vorgenommen werden können.
- (10) Die in diesem Beschluss vorgesehene Maßnahme steht im Einklang mit der Stellungnahme des Ausschusses für den Europäischen Entwicklungsfonds, der eingesetzt wurde mit Artikel 8 des Internen Abkommens zwischen den im Rat vereinigten Vertretern der Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union über die Finanzierung der im mehrjährigen Finanzrahmen für den Zeitraum 2014 bis 2020 vorgesehenen Hilfe der Europäischen Union im Rahmen des AKP-EU-

---

<sup>6</sup> Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 der Kommission vom 29. Oktober 2012 über die Anwendungsbestimmungen für die Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union, ABl. L 362 vom 31.12.2012, S. 1.

Partnerschaftsabkommens und über die Bereitstellung von finanzieller Hilfe für die überseeischen Länder und Gebiete, auf die der vierte Teil des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union Anwendung findet<sup>7</sup> –

BESCHLIESST:

#### *Artikel 1*

##### **Annahme der Maßnahme**

Der Beschluss über die beigefügte Einzelmaßnahme für die Islamische Republik Mauretanien zulasten des 11. Europäischen Entwicklungsfonds wird genehmigt.

Es handelt sich um folgende Maßnahme:

- Anhang: Stärkung der Institutionen in Mauretanien zur Förderung einer widerstandsfähigen Land- und Weidewirtschaft (RIMRAP).

#### *Artikel 2*

##### **Finanzieller Beitrag**

Der Höchstbeitrag der Europäischen Union für die Durchführung der in Artikel 1 genannten Maßnahme beläuft sich auf 25 000 000 EUR und wird aus Mitteln des Europäischen Entwicklungsfonds finanziert.

Die in Absatz 1 genannten Mittel können auch Verzugszinsen abdecken.

#### *Artikel 3*

##### **Durchführungsmodalitäten**

Die Haushaltsvollzugsaufgaben im Rahmen der indirekten Mittelverwaltung können vorbehaltlich des Abschlusses der entsprechenden Vereinbarungen den im Anhang genannten Einrichtungen übertragen werden.

Im Abschnitt „Mise en œuvre“ (Durchführung) des Anhangs zu diesem Beschluss sind die Elemente aufgeführt, die nach Artikel 94 Absatz 2 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 erforderlich sind.

#### *Artikel 4*

##### **Nicht substanzielle Änderungen**

Mittelerhöhungen oder Mittelsenkungen von bis zu 10 Mio. EUR, die 20 % des in Artikel 2 Absatz 1 genannten Beitrags nicht übersteigen, oder kumulierte Änderungen der Mittelzuweisungen für die einzelnen Maßnahmen, die insgesamt 20 % dieses Beitrags nicht übersteigen, sowie Verlängerungen der Durchführungsfrist gelten im Sinne des Artikels 94 Absatz 4 der Delegierten Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1268/2012 als nicht substanziell, wenn sie die Art und die Ziele der Maßnahmen nicht wesentlich beeinflussen. Die in diesem Artikel festgelegte Obergrenze gilt auch für die Inanspruchnahme von Rückstellungen für unvorhergesehene Ausgaben. Der zuständige Anweisungsbefugte kann solche nicht substanziellen Änderungen im Einklang mit den Grundsätzen der wirtschaftlichen Haushaltsführung und der Verhältnismäßigkeit beschließen.

<sup>7</sup>

ABl. L 210 vom 6.8.2013, S. 1.

Geschehen zu Brüssel am 7.10.2015

*Für die Kommission  
Neven MIMICA  
Mitglied der Kommission*